



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erchein. wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark, ohne die Beiliegende. - Anzeigen: die 3gepaltene Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Verammungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Nochmal der Fall der Berlin-Neuroder Kunstankalten.

Eine Berichtigung.

In der „Solidarität“ Nr. 43 haben wir am Geschäftsabschluss der Berlin-Neuroder Kunstankalten die gehörende Kritik geübt und uns vor allem gegen die Behauptung gewandt, daß die von der genannten Gesellschaft vorgenommene Dividendenermächtigung auf die gestiegenen Löhne und Soziallasten zurückzuführen sei. Die Berlin-Neuroder Kunstankalten überfanden uns nun unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung, die allerdings nicht den Anforderungen entspricht, die wir aber lokalweise hiermit zum Ausdruck bringen.

In Nr. 43 der „Solidarität“ vom 27. cr. bringen Sie unter der Ueberschrift „Der Fall der Berlin-Neuroder Kunstankalten“ diverse Erklärungen, deren Richtigkeit diesfalls bestritten werden muß.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes bitten wir Sie, an gleicher Stelle unter der gleichen Ueberschrift folgende Berichtigung zu bringen:

Es ist nicht wahr, daß die Verwaltung in ihren Ausführungen bezüglich der Sozialversicherung, der Steuern, Gehälter usw. von der Wahrheit abgewichen ist. In der Generalversammlung sind die richtigen Zahlen wie folgt festgestellt worden:

Es haben beigetragen:
Die Ausgaben für:

	1927/28	1926/27	1925/26
Sozialvers.-Konto	78 788,85	64 652,13	14 126,72
Stuerkonto	126 736,48	83 018,08	43 718,40
Gehälterkonto	179 182,29	169 827,93	9 309,36

Sonach hätten die vorstehenden Mehrausgaben auf den genannten Konten in Höhe von 67 164,48 Mk. genügt, um weitere 4 Proz. Dividende ausschütten zu können.

Unrichtig ist die Behauptung, daß es der Verwaltung nicht gelang, sich gegenüber den Angriffen zu rechtfertigen.

Richtig ist vielmehr, daß die sämtlichen anwesenden Vertreter der Großbanken der Bilanz zugestimmt haben. Auch Bankier Carlsh, der seinerseits zuerst opponierte, hatte sich gerade unter dem Druck der Ausführungen der Stimme enthalten, und nur drei kleine Aktionäre, die teilweise 1000 und teilweise 2000 Mk. Aktien vertreten haben, haben dem Antrag der Verwaltung auf Zahlung von 4 Proz. Dividende widersprochen.

Unrichtig ist die Behauptung, daß diese Aktionäre die durchaus notwendigen Abschreibungen verringert sehen wollten.

Richtig ist vielmehr, daß sie, um diese notwendigen Abschreibungen vorzunehmen zu können, eine im Geschäftsjahr 1924/25 gefakte Reserve heranziehen wollten. Dies hat die Verwaltung mit Rücksicht auf ihre finanzielle Lage ablehnen müssen.

Für den Antrag der Verwaltung waren 10 457 Stimmen mit 1 045 700 Mk. Aktienkapital.

Wir bitten höflichst um Ueberfendung eines Belegexemplars.

Wir müssen gestehen, daß uns auch die Sonderarbeit der Berlin-Neuroder Kunstankalten nicht überzeugen kann. Eine ähnliche Auffassung hat ja auch die seriöse Handelspresse in ihrer Berichterstattung über die Generalversammlung unerschrocken zum Ausdruck gebracht. Wenn die Verwaltung von Berlin-Neurode meint, den opponierenden Teil der Generalversammlung durch ihre Darlegungen über die Notwendigkeit der Dividendenermächtigung überzeugt zu haben, so ist das eine höchst subjektive Auffassung, die uns nicht weiter interessiert. Bemerken wollen wir jedoch, daß das Abstimmungsverhältnis (rund 1 Million Mark für den Antrag der Verwaltung bei einem Aktienkapital von 1,6 Millionen Mark) Binde spricht. In der Generalversammlung ist ja auch niemals von den Opponenten ein künstlicher Zusammenhang zwischen der Dividendenermächtigung und den Lohn- bzw. Sozialkonten konstruiert worden, sondern man hat nur die Höhe der Abschreibungen als un-

nötig bzw. nicht unter allen Umständen notwendig bemängelt. Wir haben auch den Eindruck, daß das Abstimmungsverhältnis viel ungünstiger für die Verwaltung ausgefallen hätte, wenn diese nicht ihre bekannten optimistischen Hinweise für das laufende Geschäftsjahr gemacht haben würde.

Wesentlich anders liegen aber die Dinge bei der Spezifizierung der Ausgaben, die die Verwaltung bereits in der Generalversammlung — warum verbessert man die Publizität der Bilanzen nicht nach dieser Richtung? — mitgeteilt hat und die sie in der Berichtigung nochmals aufzuführen die Freundlichkeit besitzt. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Konten für Sozialversicherung, Steuern und Gehälter eine Erhöhung von rund 67 164 Mk. erfahren haben. Bringt man das Steuerekonto, das doch nur einen größeren Umfang repräsentiert, zum Abzug, so verbleibt für das Sozial- und Lohnkonto eine Erhöhung von 234 445 Mk. Diese Summe hat angehts der gestiegenen Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung doch nur untergeordnete Bedeutung; denn die Abschreibungen sind (261 876 Mk. im Jahre 1927/28 gegenüber 233 764 Mk. im Vorjahr) um mehr als 28 000 Mk. gestiegen. Die Erhöhung der Abschreibungen wurde unserer Ansicht nach in der Generalversammlung und auch in der Öffentlichkeit mit Recht angegriffen, noch dazu offene Reserven im Umfang von fast 50 Proz. des Umlaufkapitals zur Verfügung stehen. Von den stillen Reserven ganz zu schweigen.

Was glaubt aber die Verwaltung von Berlin-Neurode mit dem Hinweis auf eine Erhöhung des Lohn- und Sozialkontos bewiesen zu haben? Sie sagt selbst, daß ohne die Erhöhung der drei Konten (Steuer-, Sozial- und Lohnkonto) etwa 67 000 Mk. mehr für die Dividendeverteilung zur Verfügung gestanden hätten, womit eine Erhöhung der Dividende um 4 Proz. möglich gewesen wäre.

Die Zahlen der Verwaltung von Berlin-Neurode haben so, wie sie in der Berichtigung mitgeteilt werden, überhaupt keinen Wert. Man hätte das Papier sparen und die Stenotypistin nicht zu bemühen brauchen. Die Zahlen bekommen erst Gewicht und Wert, wenn man sie in Beziehung zu den Ergebnissen bringt. Wir können uns den Fall denken, daß zum Beispiel bei den Vereinigten Stahlwerken die Ausgabenkonten um rund 30 Millionen stiegen. Wenn die entsprechenden Gewinne auch nur um 30 Millionen gestiegen sind, bedeutet das ein ganz gutes Geschäft. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen auch die Sozial- und Lohnkonten bei Berlin-Neurode betrachtet werden.

Leider ist es nicht angenehm, das Sozial- und Lohnkonto mit dem in der letzten Bilanz habilitierten Reingewinn in Beziehung zu setzen. Denn der Reingewinn leidet ja unter der übertriebenen Abschreibung und er ist ja der Punkt, um den sich alles dreht. Zweckmäßiger erscheint es schon, für eine Vergleichung und eine Aufklärung des Sachverhalts den Generalertrag heranzuziehen. Er macht für das Jahr 1927/28 = 912 347 Mk. aus gegenüber 897 793 Mk. im Vorjahr. Für die Verteilung der Rentabilität ist nun in diesem Fall der Anteil der sozialen und Lohnausgaben am Generalertrag entscheidend. Die Berechnung ergibt darüber folgendes:

	1926/27	1927/28
(Anteil am Generalertrag)		
Sozialkonto	7,2 Proz.	8,63 Proz.
Gehälterkonto	18,92 Proz.	19,63 Proz.

Der Anteil der sozialen und Lohnausgaben am Generalertrag ist so ziemlich unverändert geblieben. Die kleinen Abweichungen sind, wofür alle reichliche Erfahrungen in anderen Fällen sprechen, auch bei Berlin-Neurode sehr wahrscheinlich mehr auf andere Ursachen als auf eine überfakte Steigerung der sozialen und der Lohnausgaben zurückzuführen. Angesichts dieser Sachlage müssen wir unserer Vermutung noch einmal darüber Ausdruck geben, daß die Verwaltung die Dividendenermächtigung auf vergrößerte Sozialkosten und gestiegene Löhne zurückführt.

Zum 9. November.

Der Mensch gleicht dem Künstler, der da gestaltet aus sich heraus, nach seinem Sinn. Der da kein Ich, sein Erleben hineingelagt in seine Werke und in allem sich selber und seine Freiheit liebt.

Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte dieser Freiheit, die Geschichte des Kampfes um diese Freiheit. Immer wenn Klassen rangen, dann kämpfte die Freiheit gegen die herrschende Macht, dann drängte dieses innerliche freie Künstlermollen des Menschen danach, sich auszuleben in seinem Sinn und in der Ordnung des Lebens sich und seine Freiheit wiederzufinden. Und sie nannten es Recht, dieses Suchen, und meinten damit immer und immer dieses Gleiche, Ewige, Heilige, daß der Mensch berufen, aus sich heraus das Leben zu bilden und mit dem Leben Eins zu sein.

Zahrtausende währte dieses Ringen um Recht, um Freiheit, um Menschlichkeit, und es ist noch nicht lange her, da war auch nicht die Spur einer Freiheit im Zusammenleben zu finden. Da diktierte die Obrigkeit, und selbst die Löhne der Bauhandwerker, Spinner, Schneider, Schornsteinfeger, Färber, Schlichter und Boten wurden von der Polizei bestimmt.

Das ist das Menschlich-Große des 9. November 1918, daß er diese alte Epoche eines Zwanges von außen endgültig zu Grabe getragen und daß mit ihm eine neue Periode in unserem Volk begann.

Jetzt sind wir frei, weil wir die freie Möglichkeit zum Erringen unserer Freiheit haben. Von uns hängt jetzt die Freiheit ab, von unserem Willen, von unserer Aufklärung, von unserer Begeisterung, von unserer Einigkeit.

Und von unserer Einigkeit auch das soziale, das berufliche Leben. Kein Zwang hindert mehr von außen, uns zu verbinden zu gemeinsamer kämpfender Macht. Hier sind der Freiheit die Tore offen, und deine soziale Lebensgestaltung wird nicht mehr aus Polizeistuben geleitet, sondern von dir.

Wir sind frei, denn wir können gestalten. Wir können zwingen, wenn wir einig sind. Da gibt es kein Jammern mehr und keine Verzweiflung. Da gibt es nur eines: Aufklärung, Kampf, Werben für den neuen Gedanken der Arbeit als Dienst an Gemeinschaft und zähe Erloberung, Schritt für Schritt durch immer stärkere Geschlossenheit und Bundeskraft.

Der Staat sind wir. Und die Freiheit sind wir. Und alles wird neu durch uns.

Zubiel Krämer.

Gelegentlich der Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels wurde viel über die Beschwerden und Sorgen des Einzelhandels geredet. Nach unserer Beobachtung fand nur einer den Mut, auf die Hauptursache aller Schwierigkeiten hinzuweisen. Es war dies Herr Alfred Tietz von dem Kölner Warenhauskonzern gleichen Namens. Er hob hervor, daß die Einzelhandelsbetriebe trotz gesunkener Kaufkraft gegenüber der Vorkriegszeit um 59 Proz. gestiegen seien. Dann fuhr er fort: „Der Hauptkonkurrent des deutschen Einzelhandels ist nicht, wie so oft fälschlich behauptet wird, das böse Warenhaus, sondern die ungezählte große Zahl von Detailbetrieben, die in der Nachkriegszeit wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Wie groß dieses Wachstum war, geht daraus hervor, daß auch noch nach dem Reinigungsgewitter, der Inflation und der Stabilisierungsperiode, die Anzahl der Betriebe um mehr als 50 Proz. gestiegen ist, während die Anzahl der Bevölkerung nur um einige wenige Prozente zugenommen hat und die Konsumkraft derselben insgesamt überhaupt nicht zunehmen konnte. Wenn von diesen 59 Proz., die zum größten Teil nicht die Berechtigung haben, sich wirklich Kaufleute zu nennen, einige von der Wildfäule verschwinden, so ist dies naturnotwendig, und man braucht ihnen keine Träne nachzuweinen.“

Eine lehrreiche Feststellung, daß die Anzahl der Betriebe noch nach der Inflation um 59 Proz. gestiegen ist. Auch unseres Erachtens braucht man sich nicht darüber zu erschrecken, wenn einige Einzelhändler von der Wildfäule verschwinden.

Der Gipfeler der Sozialpolitik.

Zum zehnjährigen Bestehen des Reichsarbeitsministeriums.

In diesen Tagen ist das zehnjährige Bestehen des Reichsarbeitsministeriums gefeiert worden. Ein Jubiläum, das desto eher wert ist begangen zu werden, weil gerade diese Behörde gegenwärtig im Mittelpunkt scharfer Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit steht. Die Arbeiterchaft hat aber auch desto mehr Veranlassung, sich dieses Ministeriums anzunehmen, weil seit langem starke Kräfte an seiner Befähigung arbeiten. Bekanntlich besteht bei der Aufstellung des Reichsarbeitsministeriums nicht nur die Aufgabe, eine Vereinigung des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums herbeizuführen. Die Leitung eines solchen vereinigten Ministeriums soll natürlich einer dem Unternehmertum genehmen Persönlichkeit zufallen. Deshalb muß die Existenz des Reichsarbeitsministeriums nicht nur gesichert, sondern diese Körperschaft muß auch noch weiter als Schutz und Schirm der Sozialpolitik ausgebaut werden.

Am 23. Oktober 1918 wurde von dem damaligen Reichsanzler ein Erlass veröffentlicht, wonach diejenigen Angelegenheiten, welche sich auf die Fürsorge für Arbeit, und Angelegenheiten, auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, auf Wohlfahrtsanstaltungen und sonstige Fragen der Sozialpolitik beziehen, aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes losgelöst und einem zu schaffenden Reichsarbeitsamt übertragen werden sollten. Damit wurde das Reichsarbeitsministerium, welches im März 1919 diesen Namen erhielt, geboren. Später bekam dieses Ministerium auch noch die Versorgungs- und Pensionsangelegenheiten der Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht und deren Hinterbliebenen übertragen. Das große Gebiet, welches das Arbeitsministerium zu bearbeiten hat, ist umrissen durch die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge, des Wohnungs- und Siedlungswesens sowie des Pensions- und Versorgungswesens für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die Aufgaben des Ministeriums gehen mithin weit über den Rahmen hinaus, der durch den Namen desselben vorgezeichnet ist. Daß es heute ein Ministerium mit derartigen weiten Befugnissen und Aufgabengebieten gibt, ist ein Beweis dafür, wie grundlegend sich die Verhältnisse in Deutschland gewandelt haben. Es ist der Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen, die sich lange vor dem Kriege vorbereiteten, durch den Umsturz aber mit einem Schlage realisiert wurden. Somit ist das Reichsarbeitsministerium von den großen sozialen Strömungen getragen, die dem Gesellschaftsleben der Gegenwart mehr oder weniger das Gepräge geben. Der Mensch ist in den Mittelpunkt der Wirtschaft gerückt; er soll nicht nur Werkzeug und Mittel zum Zweck sein, sondern der alles beherrschende Faktor des gesellschaftlichen Lebens. Die gesetzliche Verankerung und Vertretung dieser großen Gesichtspunkte sollte im Reichsarbeitsministerium letzten Endes ihre Stütze finden.

Die Sozialpolitik, soweit sie in der Vorrangigkeit vom Staate getrieben wurde, kam über den Gedanken der Fürsorge nicht hinaus. Der Arbeiter sollte während der Krankheit oder eines Unfalles, im Alter und im Falle der Invalidität einen gewissen Schutz genießen. Diese Art Sozialpolitik hatte noch einen Hintergrundgedanken; der aufstrebenden Arbeiterbewegung sollte der Wind aus den Segeln genommen werden. Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts war der Arbeiter sich selbst überlassen. Die damals bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren nur als ein kleiner Anfang des späteren Arbeitsrechts zu bezeichnen. Die Arbeiterchaft stand den Unternehmern ziemlich schußlos gegenüber. Die Grundlage, auf der beide Parteien standen, war also durchaus ungleich. Wollte man hier zu einem Ausgleich kommen und die Handlungsfreiheit auf beiden Seiten herstellen, so mußte zunächst einmal das gesetzliche Recht des Schwächeren hergestellt werden. Erst die Verfassung der Republik schuf die Grundlagen, auf denen das neue Gebäude Sozialpolitik errichtet werden konnte. Deshalb ist die Arbeiterchaft mit der Existenz des neuen Staates so eng verwachsen.

Die Reichsverfassung sah die Schaffung gesetzlicher Vertretungen der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen vor. Diese gesetzlichen Grundlagen, in deren Mitte das Reichsarbeitsministerium stand, waren der Ausgangspunkt der späteren sozialpolitischen Gesetze. So entstand das Betriebsrätegesetz, das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, der Reichswirtschaftsrat u. a. Das Arbeitsnachweisgesetz vom Jahre 1922 war der Vorläufer des späteren Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, welches am 1. Oktober 1927 in Kraft trat. Das Arbeitsgerichtsengesetz verwirklichte weiter, was seit Jahrzehnten von der organisierten Arbeiterchaft angestrebt war. Diese gesetzliche Fundierung wichtiger Rechte des arbeitenden Menschen waren letzten Endes Aufgaben derjenigen

Behörde, deren zehnjähriges Bestehen wir in diesen Tagen feiern. Die neugeschaffenen Gesetze waren der Ausdruck eines neuen Geistes in dem Verhältnis zwischen dem Faktor Arbeit einerseits und der Wirtschaft und dem Staat andererseits.

Der kollektive Arbeitsvertrag, wie er in dem Tarifwesen seinen Ausdruck fand, verdrängte den individuellen Arbeitsvertrag früherer Zeiten und wurde somit zur wichtigsten Grundlage der neuen Wirtschaftsordnung. Die großen Verbände der Arbeiter und Angestellten wurden zum tragenden Pfeiler der Sozialpolitik erhoben. In den Arbeitgeberverbänden fanden sie ihren Gegenpieler. Die Organisationen der Arbeiterchaft und des Unternehmertums wurden somit unmittelbar an den Aufgaben des sozialen Lebens beteiligt. Noch ist vieles unfertig in dem großen Gebäude der Sozialpolitik. Es gibt Stockwerke in demselben, die vorläufig nur nackte Gerippe darstellen und des weiteren Ausbaues harren. Vielleicht wird man erst nach Jahren von einem organisch gegliederten Gesamtwerk der Sozialpolitik reden können. Mithin noch große Aufgaben.

So haben die Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsministerium noch eine große Mission zu erfüllen. Daher werden sie dieses wichtige Element der Sozialpolitik nicht nur schätzen, sondern noch weiter ausbauen. Das ist das Gelübnis an diesem Gedentage.

Geld stinkt nicht.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Wie kommt es, daß die entgegengesetzten Menschen, der elegante, wohlgepflegte Aristokrat auf dem Hamburger Turf ebenso wie ein von oben bis unten beschmutzter Kohlenarbeiter im Ruhrgebiet, der Inhaber einer Fremdenpension in Berlin W. nicht minder als der Besizer einer Matrosenkeipe in Stettin, der Großgrundbesitzer in Mecklenburg wie der Holznecht im Algäu, das große Warenhaus in der Leipziger Straße in Berlin, die kleine Näherin in Berlin, der protestantische Student in Ostpreußen, der Crispfarrer im Rheinland u. a., daß sie alle in einer Sache vollkommen übereinstimmen, und zwar in der Bereitschaft, für irgendeine ihrer Leistungen, sei es Bewirtung, sei es Dienstleistung, sei es Anfertigung oder Verkauf einer Ware, als g-nügende Gegenleistung ein buntdrucktes, mit allerlei Schnörkelwerk, Mädchenköpfen, Landschaftsbildern versehenes kleines Stück Papier entgegenzunehmen, das weder zum Einpacken von Käse, noch zur Vormerkung von Notizen geeignet ist. Dabei wird sich an dieser Bereitschaft nichts ändern, mag dieser Papierschein auch so zerdrückt und beschmutzt wie die Residuale eines Landstreichers oder zuletzt in der Hand eines Tuberkulösen oder Syphilitikers gewesen sein.

Es sieht aus wie Zauber, verliert aber alles Geheimnisvolle, wenn man weiß, daß ein solcher Zettel den Charakter von Geld hat.

Was ist Geld?

Als die Menschen nicht mehr wie in alten Zeiten alle Lebensbedürfnisse durch ihre eigene Tätigkeit befriedigen konnten, sondern auch auf die ihrer Nachbarn angewiesen waren, da mußten sie die Ueberschüsse ihres Schaffens gegen die ihrer Nachbarn austauschen. Wenn aber der eine für die Ueberschüsse seines unmittelbaren Nachbarn keine Verwendung hatte, sondern Dinge brauchte, die ein Dritter herstellte, der aber seinerseits für die Ueberschüsse des ersten keinen Bedarf hatte, dann konnten Tausche nur zustande kommen, wenn alle für ihre Leistung etwas erhielten, was für jedermann verwendbar war: in den ältesten Zeiten Vieh, später Edelmetalle, wie Gold und Silber. Eine solche Ware, die bei allen Bewohnern eines Landes eine solche Wertschätzung genießt, daß jeder das Produkt seiner Arbeit für sie hinzugeben bereit ist, nennen wir Geld.

Wie aber kommt ein buntdrucktes Papier zu solcher Wertschätzung?

Könnte man für Gold und Silber auf Grund allgemeiner Wertschätzung alle Schätze der Erde eintauschen, so empfahl es sich, solches zu sammeln. Zunächst in der Geldruhe. Da bestand aber Diebstahls- und Feuergefahr. Als aber Menschen die sichere Verwahrung von Gold und Silber in eisernen Schränken gewerbmäßig zu betreiben begannen, da schaffte man sein Gold aus der Wohnung fort in die Geldverwahrungsinstitute, aus denen sich allmählich die Banken entwickelten. Wollte der Einleger über sein Geld verfügen, so mußte er es zunächst abheben, später aber, bei entwikelterem Kapitalverkehr, wäre es lässig gewesen, jeden zu Zahlungen erforderlichen Geldbetrag von der Bank abzuheben, wenn man wußte, daß er vom Empfänger wieder in die Bank eingelegt würde. Die Banken stellten daher für das bei ihnen hinterlegte Gold Bestätigungen (Banknoten) aus, die gleichzeitig jeden Inhaber berechtigten, das betreffende Gold abzuheben. Wenn nun jedermann im Vertrauen auf die Bank die Banknote als Anweisung auf Gold in entgegenzunehmen, als ob er wirkliches Gold erhalten hätte, dann war die Banknote als Geldersatz zu Geld geworden.

Später machten sich die Banken aus der Ausgabe von Banknoten ein Geschäft indem sie mehr Banknoten ausgaben, als ihr Goldvorrat gerechtfertigt hätte. So war die Banknote dann nicht mehr eine Be-

stätigung über eingelegetes Geld, sondern eigentlich ein Schuldversprechen der Bank an denjenigen, der ihre Banknote angenommen hatte; das heißt nichts anderes, als daß sich die Banken bei blühungslosen Geldausgaben konnten, denen sie, da diese doch gar nicht wußten, daß sie ein Darlehen erteilt hatten auch keine Zinsen zahlten. Da aber andererseits die Banken für Darlehen, die sie erteilten, Zinsen verlangten, konnten sie leicht auf unredliche Weise große Profite erzielen.

Um Mißbräuche der geschilderten Art abzustellen, griff der Staat in diese wucherische Kreditgewährung ein, indem er nur wenigen, später nur einer einzigen unter Staatsaufsicht stehenden Bank des Landes das Recht, Banknoten auszugeben, erteilte. Als sich im Laufe der Entwicklung herausstellte, daß in Zeiten unerschütterten Vertrauens zur Führung der Bank, die man nun Notenbank nannte, ein Teil der Banknoten ständig im Umlauf blieb und nicht zur Einlösung in Geld in die Bank zurückförmte, so gestattete der Staat der Notenbank, etwa doppelt so viel Banknoten auszugeben, als durch wirklich vorrätiges Gold gedeckt waren, und zwang seine Bürger, diese Banknoten an Stelle von vollwertigem Metallgeld anzunehmen.

Freilich ließ er sich dieses einer Bank, der Notenbank, erteilte Vorrecht dadurch bezahlen, daß er sie zwang, einen großen Teil ihres auf die oben geschilderte Weise entstehenden Profites an ihn abzuführen.

Hat also der römische Kaiser Vespasian nicht recht gehabt, wenn er vom Gelde sagte: „Non olet“ — „Es stinkt nicht“?

Denn es stinkt doch weder für den Staat, der vom Profit bei seiner Ausgabe zehrt, noch für den Kanalarbeiter, der es als Entlohnung für übertriebene Arbeit erhält, noch für die verdammernde Luxusfrau, die duftet von Parfüm, jenem in weitem Bogen ausweicht.

Aus dem Ausland.

Streik gegen zu schnelles Arbeitstempo.

Die Chauffeure und Konduktoren einer der großen Caragen der Allgemeinen Londoner Omnibusgesellschaft traten während eines Tages in einen wilden Streik, um gegen verschiedene neue Maßnahmen zur übermäßigen Beschleunigung des Betriebes zu protestieren. Der Sekretär des Verbandes der Transport- und ungelerten Arbeiter, Benin, teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß infolge verschiedener bereits durchgeführter Beschleunigungsmaßnahmen mehr kurze Krankheitsfälle festzustellen werden können. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Magenkrankungen, die entstehen, weil den Arbeitern nicht genügend Zeit zum Essen gewährt wird.

Altersunterstützung.

Das Ministerium für soziale Fürsorge der Tschechoslowakei hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet betr. die Versicherung der über 65 Jahre alten Personen, welche nicht mehr in die Sozialversicherung aufgenommen worden sind. Die sehr unzulängliche Unterstützung beträgt 500 Kronen pro Jahr, für 2 Personen mit gemeinsamem Haushalt sogar nur je 300 Kronen. Einen Zuschuß zu dieser Unterstützung hat die Gemeinde zu leisten, und zwar 20 Proz. des staatlichen Unterstützungsbetrages, wenn sie mehr als 50 000 Einwohner hat, 10 Proz. in den anderen Gemeinden.

Gegen das Arbeiter-Radio.

Daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, d. h. das Gewerkschaftsnetzwerk von Chicago, eine eigene Radiostation hat, ist dem amerikanischen Kapital ein Dorn im Auge. Die Bundesradio-Kommission der U. S. A. sucht deshalb bei der Verteilung der Wellen die Arbeiterstation auf Kosten der vertrauenswürdigen Zeitungen usw. zu benachteiligen, und zwar durch Zuteilung einer ungünstigen Welle und durch eine schlechte und zerstückelte Zeiteinteilung. Das Gewerkschaftsnetzwerk von Chicago protestiert gegen diese Benachteiligung und hat einen Feldzug zugunsten der „Freiheit der Lüfte“ eingeleitet.

Wirtschaftslage in England.

Laut Ziffern des englischen Handelsministeriums waren die Importe im September um 10 Millionen Pfund Sterling geringer als im August und um 13 700 000 geringer als im September des letzten Jahres. Die Exporte von Fertigwaren für die zwei Zeitpunkte waren um 3,6 und 4 Millionen geringer.

Deutsche im Internationalen Arbeitsamt.

Laut „Syndical Praxis“ stehen im Internationalen Arbeitsamt 97 französischen und 76 englischen etatsmäßigen Beamten nur 14 deutsche gegenüber. Das Blatt sagt: „Niemand will natürlich bewährte Beamte anderer Nationen verdrängt wissen wollen, aber bei Befürzungen werden die deutschen Ansprüche solange angemeldet werden müssen, bis die langjährige Benachteiligung einigermaßen ausgeglichen ist.“

Arbeitslosigkeit in Wien.

Die Arbeitslosigkeit in Wien geht in allen Branchen zurück. Es gibt zurzeit um beinahe 8000 Unterstühten weniger als vor einem Jahre. Dies bedeutet für Wien eine nicht unbedeutliche Verbesserung der Verhältnisse. (Zahl der Arbeitslosen Mitte Oktober 53 580.) Für ganz Oesterreich ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Mit 114 224 steht die Gesamtzahl um ungefähr 1600 höher als Ende September.

Der Unfug der Abzahlungsgeschäfte.

In Amerika wird seit langem mit großem Nachdruck für das Teilzahlungssystem, für den Ratentausch, gepönbelt und auch in Deutschland mehrten sich in letzter Zeit die Stimmen, die durch die Einführung des Teilzahlungssystems die Kaufkraft des Volkes gehoben sehen wollen. Wir brauchen wohl nur an die „Konsumfinanzierung“ des Warenhauses Hermann Tieff und ähnlicher Großunternehmen zu erinnern. Es entsteht dabei die Frage, ob die Kaufkraft des Volkes wirklich durch das Teilzahlungssystem gehoben wird, oder ob etwa weite Kreise des Volkes dazu verleitet werden, über ihre Verhältnisse zu leben und sich Verpflichtungen aufzuladen, deren Regulierung ihnen später außerordentlich schwerfällt. Diese Frage läßt sich am besten an einigen Beispielen unteruchen.

In einer Elektrohandlung kostet ein elektrischer Kocher 36 Mk. Man kann ihn auch beziehen gegen Anzahlung von 10 Mk. und drei Monatsraten von je 10 Mk., das heißt also, daß man bei Ratenzahlungen einen Zuschlag von 4 Mk. zahlt. Das ist bei der Größe der Kaufsumme anscheinend gering, bedeutet aber eine recht ansehnliche Verzinsung für den Verkäufer. Der Gegenstand kostet 36 Mk., 10 Mk. werden angezahlt, es werden uns also 26 Mk. auf einen Monat kreditiert, denn bei Beginn des nächsten Monats werden wieder 10 Mk. gezahlt und uns auf einen weiteren Monat nur 16 Mk. gestundet. Es folgt eine neue Abzahlung von 10 Mk. Nun stehen nur noch 6 Mk. aus, die zum Schluß des letzten Monats zugänglich der 4 Mk. Zinsen zu zahlen sind. Es werden uns also im ganzen 28 Mk. plus 16 Mk. plus 6 Mk. gleich 48 Mk. auf einen Monat kreditiert, wofür 4 Mk. Zinsen zu zahlen sind. Auf das Jahr umgerechnet ist das die zwölffache Summe gleich 48 Mk., das sind genau 100 Proz. Zinsen!

Ein anderes Beispiel:
In einem der größten und bekanntesten Berliner Abzahlungsgeschäfte kostet ein blauer Anzug mittlerer Qualität 103,50 Mk. Wenn der Betrag sofort oder innerhalb eines Monats in bar gezahlt wird, werden vom Kaufpreis 30 Proz. abgezogen, das sind 31,05 Mk. Der Anzug würde also beim Barverkauf 72,45 Mk. kosten.

Wir müssen beim Ratentausch 17 Mk. auf den erhöhten Preis anzahlen, mithin werden uns 86,50 Mk. gestundet, die in wöchentlichen Raten von je 2,50 Mk. zu tilgen sind. Es ergibt sich dann folgende Rechnung: Es werden uns 86,50 Mk. für eine Woche kreditiert, für die zweite Woche nur 84 Mk., für die dritte Woche 81,50 Mk., für die vierte Woche 79 Mk. usw.; umgerechnet wurden insgesamt 1538,50 Mk. für eine Woche gestundet. Dafür sind 31,05 Mk. Zinsen (für die Woche!) zu zahlen. Auf das Jahr ergibt sich dann die ungeheure Summe von 1614,60 Mk. oder 104,9 Proz. Zinsen.

Auch wenn man in Betracht zieht, daß die Teilzahlungsgeschäfte mit außerordentlich hohen Spesen arbeiten (sie haben durch Ausbleiben der Ratenzahlungen oft Ausfall und hohe Zahlungsbefehls- und Gerichtsspesen zu tragen), so muß doch der verlangte Zins als überaus ungerechtfertigt bezeichnet werden, ja, er erinnert recht bedenklich an ein Wuchergeschäft. Die Kaufkraft des Volkes wird dadurch auf keinen Fall gehoben, sondern nur die Vorgewirtschaft gefördert, die schließlich aber für die einzelne Familie zur Katastrophe führen muß.

Aus diesem Grunde lehnen auch die Konsumgenossenschaften das Abzahlungssystem ab. Es verleitet den Käufer zu einer Ueberschätzung seiner Leistungsfähigkeit. Für die Arbeiterchaft ist es auf jeden Fall besser, das Geld zu größeren Anschaffungen, die man auf Teilzahlung nehmen würde, in vielleicht gleichen Raten zurückzulegen und in dem billigen und gut liefernden genossenschaftlichen Unternehmen gegen Barzahlung zu kaufen, als das Geld verantwortungslos in Geschäftsmachern in den Hals zu werfen, die die Not des Volkes für ihren Profit auszunützen versuchen.

Es wird übrigens Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaften sein müssen, die Praktiken der Teilzahlungsgeschäfte unter die Lupe zu nehmen und dafür zu sorgen, daß im Interesse der Volkswirtschaft derartige Ueberbeteiligungen des kaufenden Publikums auf jeden Fall vermieden werden.

H. Vöggow.

Welche Zeitung liest du?

In diesen Novembertagen können wir auf ein zehnjähriges Bestehen der deutschen Republik zurückblicken. Für die Frauenwelt haben diese Erinnerungstage noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß sie auch einen zehnjährigen Rückblick erlauben auf die Wirkung des Frauenstimmrechts, das ja ein Revolutionsgeschehnis ist.

Wie die Frauen dieses Revolutionsgeschehnis praktisch (oder leider oft recht — unpraktisch!) angewandt haben, haben wir wiederholt im Zusammenhang mit den Wahlen beleuchtet. Heute wollen wir einmal unteruchen, ob die politische Mündigkeit der Frau sich auch in der Tagespresse irgendwie widerspiegelt.

Wenn wir auch nicht gerade der manchmal geäußerten Behauptung zustimmen wollen, die Presse allein mache die gesamte öffentliche Meinung, so werden wir doch anerkennen müssen, daß die Zeitung für Hunderttausende von Menschen aus allen Schichten das wichtigste, ja oft das einzige Bildungsmittel nach Verlassen der Schule ist. Die Zeitung ist nicht nur einfache Berichterstattung, sie ist auch Lehrmeisterin, die Kenntnisse vermittelt, sie ist auch Erziehlerin im Guten wie im Bösen, indem sie — oft unbemerkt — die Einstellung ihrer Leser zu bestimmten Fragen beeinflusst, ungewohnte Dinge toschweigt, ihr genehme in das vorteilhafteste Licht rückt, ihr mißliebige der Ablehnung oder Feindschaft preisgibt. Andererseits spiegelt sich in der Wahl der Zeitung mehr oder weniger stark das geistige Niveau des Menschen. Man kann die Menschen immerhin bis zu einem ziemlich hohen Grade nach der Zeitung einschätzen, die sie bevorzugen. „Sage mir, welche Zeitung du liest, und ich will dir sagen, wer du bist.“ Wir fühlen uns auch den Fremden in der Bahn, im Wirtshaus usw. irgendwie verbunden, die zufällig die gleiche Zeitung wie wir selber lesen.

Hören wir, was 300 der verschiedensten Tageszeitungen, die stichprobenartig durchgesehen wurden, ihren Leserinnen boten. An erster Stelle prangen — wie könnte es bei von Männern redigierten Frauenblättern anders sein? — Kochrezepte. Sie sind 300mal vertreten! Dann folgen 250mal praktische Winke, 150mal Sinnprüche: alles weist auf die Schillerische „züchtige Hausfrau“ hin. Dann folgen 140 Darstellungen aus den Gebieten der Mode, 120 über Bräute und 108 über das Thema „Mutter und Kind“. 33mal war die Kosmetik vertreten. Die Politik ist ein Nebenbrödel in der Frauenbeilage. Sie war nur 25mal behandelt. Fragen der Volkserziehung gar nur 12mal, und noch seltener beschäftigt man sich mit der Hausangelegenheitenfrage. (Die scheint nur für bürgerliche Wählkinder zu bestehen!) Man glaubt offenbar in den Redaktionsstuben, daß auch heute noch die bekannten 3 K. (Küche, Kleider, Kinder) das ausschließliche Interessengebiet der Frau sind.

Man möchte annehmen, daß diese Zahlen einer Zusammenstellung aus der Zeit vor zwanzig Jahren entsprechen. Es erscheint kaum glaublich, daß der

Wandel, der sich im gesamten Frauenleben vollzogen hat, so wenig in der Presse zum Ausdruck kommt. Sind wir Frauen so wenig am politischen Leben interessiert? Wir haben doch seit zehn Jahren das Wahlrecht und sollen das politische Leben mitgestalten! Oder will man wohl absichtlich die Frau in politischer Unwissenheit lassen, um ihr dann bei Wahlen um so leichter den „richtigen“ Stimmzettel in die Hand drücken zu können?

Unsere Kolleginnen und die Kollegenfrauen sollten solche Blätter überhaupt nicht lesen. Auf diese guten Ratsschlüsse können sie doch wirklich verzichten. Was der Frau noch im besonderen zu sagen ist, findet sich auch in den Arbeiterblättern und als besondere Frauenseite kommt für die Kolleginnen nur die vom A.D.B. unter Leitung der Kollegin G. Hanna herausgegebene „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ in Betracht. Die Kolleginnen sind viel des Interesses in der gutillustrierten „Frauenwelt“ (Verlag Diez Nachf., Berlin SW.68, Lindenstr. 2), sie werden Freude an der Lektüre dieser schönen Zeitschrift haben.

Unglückliche Ehen.

Auf Grund zahlreicher Beobachtungen bin ich der Ansicht, daß an den vielen unzufriedenen Ehen die Frauen die geringere Schuld trifft, denn die Wahl steht ja meistens nicht bei ihnen. Der Mann wählt sich die Gefährtin seines Lebens ja nach seinem Geschmack, und dieser ist in vielen Fällen für den klar lebenden Beobachter unverständlich. Man sieht die Disharmonie der künftigen Ehe voraus, ohne jede prophetische Begabung. Nicht in einem, sondern in vielen Fällen machte ich die Beobachtung, daß der Mann zwischen Gold und Talmi wählen konnte und blind und unbeforgt zu letzterem griff, daß die oberflächlichen und toteten Mädchen viel mehr Anziehungskraft besaßen als ihre tiefer veranlagten, seelisch bedeutend wertvolleren Schwestern, daß zwischen einem zwar landläufig hübschen, aber vollständig seelenlosen Gesicht und einem anderen, das auch seelisch reizvoll war, in der Beurteilung von seiten des Mannes kein Unterschied gemacht wurde, ja daß man diesen Unterschied gar nicht empfand. Wenn man die Männer über die weibliche Jugend reden hört, so vernimmt man immer dieselben Fragen: Ist sie schön, ist sie hübsch, ist sie schlau? Noch nie in meinem Leben hörte ich die Frage: Ist sie gut, ist sie klug? Und doch bin ich sicher, daß gerade diese beiden Eigenschaften dem Mann und in noch höherem Grade den Kindern die Gewähr für ein dauerndes Glück bieten.

Es gibt auch viele Männer, welche die sogenannten „gescheiten“ Frauen scheuen, in der Angst, an ihrer Seite zum Pantoffelhelden zu werden. Gerade die entgegengelegten Beobachtungen kann man machen. Die kluge Frau ist nie kleinlich. Sie wünscht es durchaus nicht, ihren Gatten zum Pantoffelhelden zu erniedrigen, sie hat einen höheren Ehrreiz, das Streben, ihm eine möglichst ebenbürtige Gefährtin zu sein. Sie macht auch keine unvernünftigen Ansprüche in bezug

auf äußeren Luxus und Vergnügungen, da sie auch andere Interessen hat als Kleider- und Kinogedanken. Sie ist ihm kraft ihrer Geistes- und Charaktereigenschaften eine moralische Stütze in den Wechseljahren des Lebens.

Die Frau von geringer Intelligenz ist meistens kleinlich, besteht auf ihrem sogenannten „Recht“, ist Vernunftgründen unzugänglich. Sie schafft den Pantoffelhelden, denn der Mann gibt schließlich den Kampf auf, und sie „triumphiert“.

Viele Männer schmeicheln sich bei Geschließungen, die Frauen künftig nach ihrem Geschmack zu „erziehen“. Aber sie irren sich. Eine gewisse Gattung von Frauen ist nicht zu erziehen und zu bessern.

Intelligenz ist Licht, und mit Herzengüte gepaart, spendet sie Wärme dem ganzen Hause. Nach meiner Beurteilung und Erfahrung will mir aber nie ein, daß die Männer in der Regel (ich sage ja nicht ausnahmslos) den Wert des Geistes und des Gemütes bei Frauen durchaus nicht so hoch einschätzen, wie sie dies im ureigensten Interesse und in dem der künftigen Familie in jeder Stunde tun sollten, was über das ganze Lebensglück entscheidet. Und in diesem Umfange sehe ich auch eine Ursache der vielen gescheiterten Ehen. Frau L.

Die Ohrfeige der Mutter.

Der Wiener Kinderarzt Dr. Keller führt in seiner „Vergleichen Pädagogik“ zwei sehr bezeichnende Beispiele an, wie Verstandlosigkeit der Eltern oder Lehrer zu nervöser Erkrankung des Kindes führen kann. Ein achtjähriger Junge war zwei Wochen lang krank und litt an Kopfschmerz, Appetitlosigkeit und geistiger Verstortheit, weil ihm seine Mutter eine Ohrfeige verleiht hatte, die er nicht verdient zu haben glaubte. Er hatte einem gleichaltrigen Jungen, der von drei anderen verprügelt wurde, geholfen und glaubte damit, eingedenk der Weisung seines Lehrers, daß man sich Schwacher und Hilfsbedürftiger stets annehmen müsse, eine edle Tat begangen zu haben. Die daraufhin erfolgte Ohrfeige der Mutter, weil er sich an einer Prügelei beteiligt habe, verleiht sein durchaus gesundes kindliches Ehrgefühl tief und brachte ihn in einen schweren Gemütskonflikt. — Der zweite Fall, bei dem die körperlichen Erscheinungen durch Hintertreten von Schlaflosigkeit und großer Reizbarkeit noch schlimmer verliefen, betraf einen zehnjährigen Jungen, der in der Pause mit anderen Kameraden einen harmlosen Unfug verübt hatte und, ertappt, aufgefodert wurde, die Namen seiner „Spießgesellen“ anzugeben. Da er das als anständiger Kamerad verweigerte, wurde er streng bestraft. Die Ueberlegung, daß er straffrei geblieben wäre, wenn er feige „gepecht“ hätte, nun aber für sein ehrenhaftes Verhalten noch besonders zu leiden hat, ruft bei ihm einen Seelenkonflikt hervor. Bei manchen dieser Gemütskonflikte treten noch Verfolgungswahnideen, Erb- und nervöse Herabbeschwerden hinzu. Nicht selten wird hier schon der Grund zu einem chronischen, psychischen oder körperlichen Leiden gelegt, das den ganzen späteren Lebensweg des Kindes trübt. Die meisten dieser kindlichen Seelenkonflikte mit all ihren unheilvollen Folgen können vermieden werden, wenn sich Eltern und Lehrer in den kindlichen Seelenzustand hineinzuversetzen veruchen und wenn sie sich weniger als Vorgesetzte, sondern als gute Kameraden ihrer Schützlinge betrachten.

Ausprüche über Liebe und Ehe.

Wenn man sein Mädchen aus Liebe für sie zu lieben glaubt, irrt man stark.

In der Eifersucht liebt man mehr Eigenliebe — als Liebe. Daß Liebhaber und Geliebte nie Bangeweile haben, wenn sie beieinander sind, kommt daher, daß sie beständig von sich selbst sprechen. De la Rochefoucauld.

Du magst heiraten oder nicht heiraten, du wirst es bereuen. Socrates.

Die Schönheit des Weibes besteht oft nur in den Augen des verliebten Mannes.

Willst du das wahre Wesen des Weibes erkennen, mußst du deine Mißbegierde mit einer Heirat bezahlen.

Entschleßt sich eine Braut für den einen Bewerber, so glaubt sie später, daß sie mit jedem anderen glücklicher geworden wäre.

Seine Speisefarte.

Herr Kohnfeld kommt in sein Stammrestaurant und nimmt an einem unbesetzten Tische Platz. Nach einer Weile erscheint der Kellner mit der Speisefarte. Herr Kohnfeld schließt sie aber beiseite und sagt:

„Morih, bringen Sie mir erst eine Rindsuppe —, dann bringen Sie mir grüne Bohnen mit Hering, Morih —, dann bringen Sie mir — bringen Sie mir Sauerbraten mit Preiselbeeren — und zuletzt bringen Sie mir — bringen Sie mir zuletzt — Apfelspeise —“

„Herr Kohnfeld,“ ruft der Kellner erstaunt, „wie wissen Sie unser ganzes Menü auswendig?“

„Stuh! Auswendig!“ brummt Herr Kohnfeld, „ich seh' doch's Tischbuch —“

Wie die Alten lungen.

Mutter zum kleinen Töchterchen, das die Unwahrheit sagte: „Weißt du auch, was Papa dazu sagen würde, wenn ich es ihm wissen ließe, daß du gelogen hast?“

Töchterchen: „Er würde wie immer zu dir sagen, das liegt deiner Familie im Blut!“

Ein hoffnungsvoller Sprößling.

„Hat mein Junge irgendwelche natürliche Anlagen?“ fragte der stolze Vater an. „Er hat welche“, erwiderte der Lehrer, „er wird sich vortrefflich zum Großindustriellen eignen. Denn er läßt die andern Jungen alle Arbeiten für sich machen.“

Wir kaufen geringwertige Ware.

Während der Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels sprach Herr Alfred Tieß, der Leiter des Warenhauskonzerns Leonhard Tieß, Köln, über das Thema: „Der Einzelhandel in Form des Warenhauses.“ Dabei machte Redner über die Umsatzentwicklung auf Grund genauer statistischer Unterlagen sehr interessante Angaben. Im Warenhauskonzern Tieß, Köln, hat der Umsatz, wenn man die Ergebnisse der Jahre 1927 und 1913 in Vergleich setzt, ziffernmäßig eine Verdoppelung erfahren. Da im allgemeinen die Waren gegenüber der Vorkriegszeit rund 50 Proz. mehr kosten, so ist also eine Umsatzsteigerung in den 14 Jahren von rund ein Drittel eingetreten.

Der Umsatz in Meterwaren (Seide, Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Weißwaren, Tischwäsche, Futterstoffe) ist (stets nach Mark und Pfennig gerechnet) um 136 Proz. gestiegen. Der Umsatz an fertiger Herrenware (Herrenkonfektion, Knabenkonfektion, Herrenwäsche, Herrenhüte, Kravatten) um 94 Proz. Der Umsatz an fertigen Damenwaren (Damenwäsche, Pelzwaren, Korsetts, Schürzen, Fuß, Damenkonfektion, Mädchenkonfektion, Spitzen, Posamenten, Modewaren, Band, Wollwaren) um 54 Proz. Der Umsatz an fertiger Textilware (Tapiserie, deutsche Teppiche, Orientteppiche, Wachsstuche, Linoleum, Gardinen, Dekorationsstoffe, Trikotsagen, Stoffhandschuhe, Lederhandschuhe, Strümpfe, Kurzwaren, Wolle, Schirme und Taschentücher) bis um 119 Proz.

Der Umsatz an Hausrat und Möbeln um 85 Proz., der Umsatz an Schuhen um 110 Proz., der Umsatz an Geschenkartikeln um 64 Proz. und der Umsatz an Lebensmitteln um 233 Proz.

Schon aus diesen Zahlen geht die starke Strukturveränderung des Konsums hervor. Das deutsche Volk ist ärmer geworden. Es muß die paar Pfennige, die zur Verfügung stehen, mehr als bisher für lebensnotwendige Gegenstände ausgeben; Anwachsen des Konsums an Lebensmitteln, Rückgang des Konsums an Geschenkartikeln und Luxuswaren, ebenso an fertigen Damenwaren, da die praktische deutsche Hausfrau sich diese zum Teil durch Verarbeitung von Meterware selbst verfertigt.

Daß bei der Umsatzentwicklung auch die Mode und der inzwischen erfolgte Umbruch in der Kleidung usw. eine Rolle spielt, geht daraus hervor, daß der Absatz an Kunstseidenstoffen eine Steigerung von 222 Proz. durchgemacht hat. Der Umsatz an Strümpfen infolge der kurzen Kade steigerte sich um 285 Proz. Tieß stellt ganz richtig fest, daß die Realkaufkraft des deutschen Volkes gesunken ist; was auch daraus zu ersehen ist, wenn man den Wert des einzelnen Kaufbons 1927 mit dem von 1913 in Vergleich bringt. Der Wert des einzelnen Kaufbons ist um 27 Proz. gestiegen. Da aber der Preis der Ware um rund 50 Proz. höher liegt, so ist die Kaufkraft gezwungen, mangels ausreichender Einkünfte um 15 Proz. geringwertigere Ware zu kaufen als in der Vorkriegszeit. Die Verdoppelung der Umsatzsteigerung ist dadurch erzielt worden, daß die Käuferzahl um 50 Proz. zugenommen hat. Die Angaben des Herrn Tieß decken sich ungefähr mit dem, was die Gewerkschaften im allgemeinen behaupten, daß nämlich die Realkaufkraft der deutschen Bevölkerung die Vorkriegeshöhe noch nicht erreicht hat.

Die Arbeiterbank schenkt 650 Volksschülern ein Spartafennbuch.

Anlässlich des Weltpartages hat die Arbeiterbank die rund 650 in Berlin bestehenden Volksschulen mit einer namhaften Spende bedacht. Jeder Schule wird ein Spartafennbuch mit 5 Mk. zur Verfügung gestellt für einen Schüler bzw. eine Schülerin, die nach Ermessen des betreffenden Rektors für diese Gabe besonders in Frage kommt. Die Spartafennbücher sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ihres Inhabers gesperrt, so daß der Betrag vorläufig nicht abgehoben werden kann. 650 Schülern bzw. Schülerinnen wird dadurch Anreiz geboten, weiter zu sparen, um später von dieser Spende und dem bis dahin entwickelten Sparfleiß Gebrauch zu machen. Wir sind überzeugt, daß diese 3250 Mk., die die Arbeiterbank den Berliner Volksschulen zur Verfügung stellt, eine wirkungsvolle Reklame für dieses aufstrebende Institut darstellen. Man darf wohl auch die Erwartung hegen, daß unter den 650 Berliner Schülern manche sind, die diese Spende der Arbeiterbank als willkommene Grundlage betrachten, um darauf weiter bauen zu können. Es wird dabei nicht bleiben, sondern einer wird es dem anderen sagen und die Arbeiterbank wird sicher in den Tagen, da die Spende überreicht wird, in aller Munde sein. Viele Eltern, selbst Arbeiter werden dann erst von der Existenz der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. Kenntnis erhalten. Auch in anderen Städten, wo die Arbeiterbank Filialen hat, sind ähnliche Maßnahmen ins Auge gefaßt.

Infolge der starken Ausdehnung der Geschäfte der Arbeiterbank war schon längst eine Erhöhung des Aktienkapitals vorgezogen. Diese ist leghin in einer Sitzung des Aufsichtsrats beschlossen. Das Aktienkapital betrug bisher 4 Millionen Mark und wird auf 10 Millionen Mark erhöht. Die freigewordene Stelle im Direktorium wird durch einen bisherigen Direktor der Vereinsbank Frankfurt, Dr. Fritz Davidson, neu besetzt.

Aus den Zahlstellen.

Dortmund. Die Ortsgruppe Dortmund veranstaltete am 19. Oktober eine gut besuchte Versammlung, die zwar nicht völlig „friedlich“ verlief, dafür aber anregend und flärend wirkte. Bereits anlässlich der „schätzlichen Mitteilungen“ entwickelte sich nach einleitenden Worten des Kollegen Stempel eine längere Debatte über einige arbeitsrechtliche Fragen.

In seinem folgenden Vortrag „Tarifliche und organisatorische Freitragen“ behandelte Kollege Heilmann besonders eingehend einige der bedeutsamsten gewerkschaftlichen Probleme der Gegenwart: Wirtschaftsdemokratie, Arbeitskämpfe, Frauen- und Jugendschutz und andere Fragen der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung. Der Vortrag vermittelte einen ausgedehnten Überblick über das durch die Gewerkschaften Erreichte und Erstrittene, enthielt aber auch ernste Hinweise auf die Schwierigkeiten unserer zurückliegenden und zukünftigen Arbeit. Die Versammlung dankte durch Aufmerksamkeit und Beifall. In der anschließenden Besprechung wurde der sachte Wert des Vortrages uneingeschränkt anerkannt, in einigen Punkten jedoch abweichende Auffassungen begründet und eine Stellungnahme des Vortrages zu nicht befohlenen Fragen gewünscht.

Nach dem Schlusswort des Kollegen Heilmann erfolgte die Wahl der Kollegin Weiser und des Kollegen Stempel als Delegierte zum nächsten Gantag in Barmen. Unter „Beschriebenes“ waren manche Mißverständnisse und unbegründete Vorwürfe abzuweisen, so daß die Versammlung erst in später Nachtstunde beendet werden konnte.

Rundschau.

Hermann Jädel gestorben. Der Verbandsvorsitzende der Textilarbeiter ist am 2. November einem tödlichen Leiden, das ihn schon längere Zeit an Krantentempel fesselte, erlegen. Dem Deutschen Textilarbeiterverband und der Gewerkschaftsbewegung ist mit dem Tode dieses genialen Führers ein schwerer Verlust zugefügt worden. In dem Verbleibenden schätzten die deutschen freien Gewerkschaften einen Arbeiterführer großen Formats, der sich aus elenden Verhältnissen emporgearbeitet hat. Fleißige Arbeit für seine Leidens- und Klassengenossen war ihm Lebensziel, sie ist erfolgreich gewesen und wirkt vorbildlich für die lebende und kommende Generation.

Jädel ist am 20. Januar 1869 in Crimmitschau geboren. Er besuchte die Volksschule und später die Web- und Fortbildungsschule dafelbst. Schon frühzeitig entwickelte sich Jädel zum geistigen Führer der Crimmitschauer Gewerkschaft. Es gelang dort nichts im politischen und gewerkschaftlichen Leben, wo nicht Jädel Anteil daran gehabt hätte. Er war der Führer des großen, gewaltigen Kampfes um den Zehntfundtag in Crimmitschau. Hunderte von Flugblättern, unzählige von Aufzügen, die sich mit der Lage der Crimmitschauer Textilarbeiter befaßte, sind damals von ihm geschrieben und veröffentlicht worden. Sie legen heute noch Zeugnis von der intensiven Tätigkeit, die Jädel entwidete, ab. Seit 1906 ist er Mitglied des Hauptvorstandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Von 1912 bis 1924 vertrat er den Reichstagswahlkreis Plauen-Oelsanig. Vom Juli 1923 bis 1928 war er Mitglied des Bundesvorstandes des DGB., von 1921 bis Frühjahr 1922 finden wir ihn als Arbeitsminister im Freistaat Sachsen. Dem Staatsgerichtshof gehörte er als Mitglied an. Ueberall, wo er wirkte, war er mit Erfolg tätig. Jädel war wie kein anderer zum Führer einer großen Organisation geschaffen. Hier konnte er seine großen Fähigkeiten auswirken lassen und damit die Bewegung der Textilarbeiter befruchten. Der Deutsche Textilarbeiterverband, der heute erlöhrtet an seiner Bahre steht, kann ihm nur: Hab Dank für deine große Mühe und Arbeit! nachrufen. Auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft weiß dem Verstorbenen Dank für seine Arbeit im Dienste des Proletariats.

Kollege Franz Buchart gestorben. Einen schmerzlichen Verlust hat der Bau IV (Südbauern) zu beklagen. Unter langjähriger Ortskassierer der Zahlstelle Kaufbeuren, Kollege Franz Buchart, ist verstorben. Wazu früh hat ihn der Tod von uns genommen. Ueber zwanzig Jahre hielt Buchart Kasse und Bücher der Zahlstelle in bester Ordnung. Er war auch einer von denjenigen, der die Zahlstelle Kaufbeuren in der schweren Zeit während des Krieges aufrecht erhielt. Seine für den Verband geleistete Arbeit kann voll nur derjenige würdigen, der weiß, was es heißt, in einem der schwärzesten Winkel Bayerns für die Idee einer freien Gewerkschaft einzutreten. Möge sich besonders unsere junge Generation ein Beispiel an seiner Schaffensfreude für den Verband nehmen. Wir aber danken ihm für seine opferfreudige Tätigkeit und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Gewerkschaft und Partei. Ueber das Verhältnis der Gewerkschaft und Partei ist schon viel geredet und geschrieben worden. Es ist durchaus notwendig, daß diese beiden Arme der Arbeiterbewegung in einem geordneten Verhältnis miteinander stehen. Wir sind darüber hinaus, daß die Gewerkschaften lediglich als Retrusivschulen der Partei angesehen werden. In ihrer organisatorischen Festigkeit und gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung müssen im Gegenteil die Gewerkschaften als der Kernpunkt Massenbewegung angesehen werden. Auf verschiedene Dinge der engen Verbundenheit zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei wies der Kollege Fritz Tarnow kürzlich in einem Artikel des „Vorwärts“ hin:

„Wirtschaftspolitik, Handels- und Zollpolitik sind neben der Sozialpolitik entscheidende Faktoren der Lohnbildung. Der nurgewerkschaftliche Lohnkampf findet deshalb seine notwendige Ergänzung im politischen Lohnkampf. Der gewerkschaftlich erlangte Lohn wird erst in Verbindung mit der politischen Lohnbestimmung zum Reallohn, der das Maß der Lebenshaltung bestimmt. So ist die innige Verbundenheit zwischen gewerkschaftlicher und politischer Aktion und damit zwischen Gewerkschaften und Partei im neuen Staat noch viel selbstverständlicher geworden, als sie es früher war. Als die politische Organisation der Arbeiterchaft sich spaltete, wurde zunächst die Form der Zusammenarbeit für die Gewerkschaften problematisch. Heute existiert diese Frage nicht mehr. Die politischen Interessen der Gewerkschaften sind zwar nicht unter allen Umständen auf eine bestimmte Parteipolitik abgestellt, aber sie fördern den größtmöglichen politischen Einfluß auf die Gesetzgebung und den Staat. Indem die kommunistische Partei grundsätzlich der positiven

politischen Mitarbeit im heutigen Staat entzagt hat, hat sie sich selbst von der politischen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausgeschaltet. Verbundenheit der gewerkschaftlichen mit der politischen Arbeit kann also gar keine andere Auslegung finden als enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei.“

Gegen die Wohnungsnot — für den Mieterchutz. Der Bund Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) hat sich in seiner letzten Bundesausschusssitzung mit der gegenwärtigen Lage des Wohnungs- und Mietwesens befaßt und dabei zwei Entschlüsse angenommen.

An der ersten Entschlußung wendet sich der Bund an die Reichsregierung und an den Reichstag und verlangt:

1. Unbeschränkte Aufrechterhaltung der Mieterchutzgesetze bis zur Schaffung eines sozialen Mietrechtes als Dauerrecht;
2. beschleunigte Einbringung und Verabschiedung des Bodenreformgesetzes (Wohnheimstättenengesetz);
3. reichsweites Reglement der Hauszinssteuer als Grundlage der Finanzierung eines sozialen Wohnungsneubaus;
4. Aufstellung und Durchführung eines Reichswohnungsbauprogramms auf weite Sicht zur planmäßigen, raschen und durchgreifenden Behebung der Wohnungsnot und des Wohnungselends.

Die zweite Entschlußung wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Fraktionen des Reichstages, die trotz unermindert anhaltender Wohnungsnot Anträge auf Lockerung und Aufhebung der geltenden Mieterchutzgesetze und den Abbau der Hauszinssteuer zugunsten des Hausbesitzes gestellt haben.

Der Bund erwartet deshalb von der gesamten Mieterchaft, daß sie bei den künftigen Wahlen, ebenso wie im Mai 1928, diesen Parteien die Erfolgshaft verleiht.

Wir können uns dieser Aufforderung anschließen. Auch die Gewerkschaften treten nach wie vor für eine Bekämpfung der Bodenpekulation, für planmäßige Förderung des Kleinwohnungsbaus auf gemeinnütziger Grundlage, Wahrung der Mieterrechte und deren Verankerung in einem sozialen Wohn- und Mietrecht ein. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg hat sich mit diesen Fragen auch befaßt und die bisher vom Bundesvorstand des DGB. zur Bekämpfung der Wohnungsnot unternommenen Schritte gutgeheißen.

Kapitalserhöhung bei der Dewog auf 1 Million RM. Eine außerordentliche Generalversammlung der Dewog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die am 26. Oktober 1928 im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin tagte, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 400 000 RM. auf 1 Million RM. Die neuen Aktien werden zum größten Teil von den alten Aktionären, insbesondere dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB.), dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AFB.) und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB.) und den ihnen angeschlossenen Verbänden übernommen. Der Rest wird von einigen örtlichen Gewerkschaftsverbänden eingezahlt.

Im Vorbericht teilte der Vorstand mit, daß die Konzentration in der Dewog-Bewegung weiter vorgeschritten ist. Die Kapitalmehrheit bei den meisten Tochtergesellschaften befindet sich in den Händen der Dewog, wodurch die kraftvolle Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgeorganisationen möglich wird. Weiterhin wurden in Hamburg und Breslau eigene Zweigstellen der Dewog gegründet. In Hamburg werden demnächst annähernd 2500 Wohnungen erstellt sein, während in Breslau auch bereits 600 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung geschaffen werden konnten. Die finanzielle Lage der Dewog ist weiterhin gut. Die Dividende wird auch im nächsten Jahre ordnungsgemäß ausgezahlt werden.

Literatur.

„Gehandelt.“ Zeitschrift gesundheitslicher Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Kantienantennanten e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 157. Die Zeitschrift wird an den Schalter der Kantienantennanten den Verkauften unentgeltlich ausgehändigt.

Fritz Hueffling: „Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart“. E. Rauch'sche Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30 Preis 3,75 Mk.

Hueffling, der überzogene Historiker und Sozialist, hat sein Werk mit dem pädagogischen Ziel geschrieben, das ihm Lebensinhalt ist: die Massen zu begeistern für ihre eigene Aufgabe in der Kulturentwicklung der Menschheit und sie sozialistisch von ihrer verhängnisvollen Einstellung, die Politik als Aufgabe von Fachleuten zu betrachten, zu befreien. Wir können das Buch unseren Mitlesern nur empfehlen.

Das sozialistische Jahrbuch, Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Bolsfeld. Heft Nr. 9. Preis vierteljährlich 60 Pf. und 15 Pf. Porto.

Abrechnungen.

In der Woche vom 29. Oktober bis 3. November sind die Abrechnungen des 3. Quartals für Gau 2 aus Frankfurt a. M. und für den Gau Danzig hier eingegangen.

In derselben Zeit kamen an Geldsendungen aus Frankfurt a. M. 8845,70 Mk., Hannover, 3. Rate, 2750 Mk. und aus Danzig 1428,48 Mk.

Berlin, den 4. November 1928. H. Loda h.

Für die Woche vom 4. bis 10. November ist die Beitragsmarke für das 45. Feld des Mitgliebsbuches oder der Mitgliebskarte zu kleben.

Unsern lieben Kollegen
Fritz Bräuer
in Fa. Drucker Badenia
und der lieben Kollegin
Pauline Roger
in Fa. Buchdruckerei Döring
zu ihrem
25jährigen Verbandsjubiläum
die besten Glückwünsche
Zahlstelle Karlsruhe

Verantwortlich: Dr. Redaktion A. Schulte Charlottenburg, Westendstraße 16 Fernruf: Amt Westend 1228. Verlag: E. Loda h., Charlottenburg. Druck: Norddeutscher Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. 38.